

Abt. Leitende Organe der Partei  
und der Massenorganisationen

Berlin, den 14.6.1953  
(v. 13.6.53 – 23.00 Uhr)–

T a g e s b e r i c h t N r . V

Bericht über die Stimmung in der Bevölkerung und der Partei zum Kommuniqué des Polit.-  
Büros des ZK

Es kann festgestellt werden, daß die Diskussion zum Kommuniqué in allen Bevölkerungsschichten an Breite und Tiefe gewonnen hat. Verstärkt wird dies dadurch, daß in vielen Kreisen und Betrieben Agitationseinsätze, Versammlungen usw. durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu den Meldungen der Vortage zeichnen sich heute die Schwerpunkte der Diskussion klarer ab, und es ermöglicht sich eine klare Einschätzung.

1. Die Meldungen des heutigen Tages zeigen auf, daß in allen Schichten der Bevölkerung die positiven Argumente und Stellungnahmen stärker in den Vordergrund treten.

Dabei überwiegen folgende Argumente:

Von großer Bedeutung ist, daß die SED und die Regierung so offen und klar ihre Fehler aufdeckt. Noch nie hat es in Deutschland eine solche Regierung gegeben, die offen und konsequent ihre begangenen Fehler vor dem gesamten Volk ausspricht (Halle, Gera, Neubrandenburg usw.).

Im starken Maße werden alle Maßnahmen, die im Kommuniqué des Politbüros enthalten sind und eine sofortige Verbesserung der Lebenslage mit sich bringen, diskutiert. Im Vordergrund steht die Preisherabsetzung, die Fahrpreisermäßigungen, in den Mittelschichten die Frage der Kreditgewährung und ganz besonders auch bei der Intelligenz die Erleichterung im Interzonenverkehr.

Im steigenden Maße setzt sich das Argument durch, daß die vom Politbüro beschlossenen Maßnahmen einen bedeutenden Schritt im Kampf um die Herstellung der Einheit Deutschlands bedeuten und diesen Kampf wesentlich befruchten.

Bei der Entwicklung der Stimmung in den Mittelschichten ist eine bestimmte Beruhigung festzustellen. Man verspricht sich von Maßnahmen der Partei und der Regierung ein Aufblühen des Geschäftslebens und eine Verbesserung der eigenen Lage und begrüßt, daß man wieder als gleichberechtigt behandelt wird. Dabei muß jedoch betont werden, daß eine nicht geringe Anzahl von Stellungnahmen immer noch eine abwartende Haltung zum Ausdruck bringt, ob auch alles, was im Kommuniqué versprochen wird, seine Durchführung findet.

Aus einigen Bezirken (Halle, Gera u.a.) wird gemeldet, daß besonders Arbeiter und Parteimitglieder den Beschlüssen des ZK zustimmen. Sie befürchten aber, daß der Gegner die Maßnahmen für seine feindlichen Zwecke ausnutzen und seine Position stärken wird. Allgemein wird die Notwendigkeit einer verstärkten Wachsamkeit betont.

2. Die Diskussionen des heutigen Tages zeigen eine wachsende Kritik an den leitenden Organen des Staates und der Partei bis zum Zentralkomitee. Aus der Parteimitgliedschaft, der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Arbeiterklasse und den verschiedenen anderen Bevölkerungsschichten treten folgende Hauptargumente auf:

Die heutige Lage ist ein Zeichen dafür, daß das ZK nicht auf die wirkliche Stimmung der Massen gehört hat. Man muß annehmen, daß das ZK nur auf schöngefärbte Berichte der unteren Organe und unteren Funktionäre gehört hat. Sonst hätte man die Fehler schon viel früher feststellen müssen, und die Lage wäre heute nicht so kompliziert. (In allen Bezirken und Bevölkerungsschichten)

Viele Parteifunktionäre sind einfach Ja-Sager. Sie haben bisher zur Politik der Partei Ja gesagt, und jetzt machen sie einfach so weiter. Wo bleibt da die Kritik? (Kollege M., Finanzministerium und andere). Wir haben oftmals kritisiert, aber unsere Kritik wurde nicht anerkannt, oder wir wurden sogar wegen unserer Kritik zurechtgewiesen (Professoren und Studenten an einer Hochschule in Weimar).

Verstärkt tritt das Argument auf, daß die Schuldigen an diesen Fehlern genau so zur Verantwortung gezogen werden müssen wie z.B. ein Arbeiter, der Fehler in der Produktion gemacht hat. (Arbeiter und Angestellte des Auto-Reparaturwerkes in Halle, Bauern im Kreis Hohenmölsen u.a.)

In der Parteimitgliedschaft und besonders in den Reihen der Parteifunktionäre wird erklärt: „Warum spricht kein führender Genosse zur jetzigen politischen Lage? Vieles könnte so für die Funktionäre der Partei leichter sein, wenn die Parteiführung in der gegenwärtigen Lage stärker auftreten würde.“

Zu einer besonders scharfen Kritik, die offensichtlich von feindlichen Kräften geschürt wurde, kam es in einer Abteilungsversammlung in der Matthias-Thesen-Werft (Konstruktionsbüro). Der Redner der Parteileitung wurde dort von einer Anzahl von Arbeitern durch Zwischenrufe und Fragen unterbrochen. Es wurde versucht, die Maßnahmen der Partei und der Regierung ins Lächerliche zu ziehen. Der am meisten diskutierte Punkt war die Vertrauenswürdigkeit unserer Regierung. Arbeiter sprachen ihr Mißtrauen aus und verlangten eine organisierte Aussprache in aller Öffentlichkeit, weil die Volkskammer nur Beifall klatsche und der demokratische Block in der Mehrheit mit Mitgliedern der SED besetzt sei. Es wurde die Forderung auf Rücktritt der Regierung und einer geheimen Neuwahl erhoben. Die Versammlungen in den Werkabteilungen verliefen ruhig und erbrachten in ihrer Mehrzahl zustimmende Äußerungen.

Gleichzeitig laufen die bereits in den letzten Tagen gemeldeten Argumente (Regierungskrise, Bankrott-Politik usw.) weiter. Verstärkt hat sich in diesem Rahmen das Argument, daß der Amerikaner, und vor allem daß die Kirche, einen bedeutenden Sieg errungen hätten (Mehrzahl der Bezirke).

In einigen Fällen zeigen sich ausgesprochene Überspitzungen in der Kritik und gleichzeitig Versuche des Abschiebens, die so weit gehen, daß z.B. der Genosse Reinke von der Abt. Landwirtschaft der Kreisverwaltung Wittstock zu dem parteilosen Kollegen Paßmann (Abt. devastierte Betriebe) äußerte: „Das hast du nun von deiner Politik mit den Großbauern.“

3. Für die Lage in den Betrieben ist neben den bereits als allgemein vorhanden genannten Argumenten noch folgendes charakteristisch:

In einer Reihe von Fällen kommt es zu Produktionsverpflichtungen (Dessau, Halle, Wittenberge) wie auch zu Normerhöhungen (Wismut u.a.). Die Arbeiter bringen dabei zum Ausdruck, daß sie damit Partei und Regierung helfen wollen, rasch die Lage zu verbessern.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Angewachsen im Vergleich zu den Vortagen ist die Diskussion gegen die Normenerhöhung. Man erwartet z.T., daß die Rückgängigmachung der Normenerhöhung eine der nächsten Maßnahmen sei, und bringt zum Ausdruck, daß man gegen die erhöhten Normen ankämpfen werde. (IFA-Phänomen-Werk Zittau, Füllhalterwerk Bautzen, Farben Wolfen, EKB, EKM Köthen u.a.).

In Dippoldiswalde wurde diskutiert, daß man, nachdem die Partei einmal Fehler gemacht habe, auch in Zukunft konsequenter gegen die Beschlüsse des ZK protestieren müsse, wenn sie in der gleichen Linie lägen wie die Erhöhung der Norm. Nicht selten ist das Argument, daß die Normenerhöhung Lohnraub sei und deshalb gemacht worden ist, um den Herren, die jetzt wieder zurückkommen, das zurückzahlen zu können, was ihnen weggenommen wurde. In einzelnen Fällen wird von der Durchführung kurzfristiger Streiks berichtet (ABUS Gotha, mehrere Betriebsabteilungen etwa 3 Stunden, EKB Bitterfeld, Arbeiter des Siliconbetriebes, als sich bei der Lohnzahlung eine Senkung des Lohnes herausstellte).

4. Entsprechend der Anweisung des ZK lag heute aus den Bezirken umfangreicheres Material über die Stimmung unter der Intelligenz vor. Es kann festgestellt werden, daß in den Reihen der Intelligenz die zustimmende Meinung zum Kommuniqué des Politbüros überwiegt. Man stützt sich dabei in der Hauptsache auf die Bedeutung des Kommuniques im Kampf um die Einheit Deutschlands (z.B. Prof. M., Universität Jena, Professoren an den Weimarer Hochschulen usw.). Begrüßt wird die offene und klare Selbstkritik und die stärkere Beachtung der Kritik der Bevölkerung.

In einer Reihe von Fällen wird betont, daß die Maßnahmen darauf zurückzuführen seien, daß Genosse Walter Ulbricht die Wünsche der Intelligenz auf der Berliner Konferenz rasch berücksichtigt habe (Chemiker Dr. R., VEB Schott-Jena, Professoren der Bergakademie Freiberg usw.).

Eine Reihe von Genossen Professoren betrachten den Schritt des ZK als einen Schritt zurück, um zu gegebener Zeit wieder zwei Schritte vorwärts zu treten (Universität Rostock, Professor H. und andere).

Aus dem Bezirk Gera wird berichtet, daß in einer Aussprache mit Ärzten der Poliklinik und des Krankenhauses sowie mit Technikern und Fachlehrern in Eisenberg gefragt wurde, ob nunmehr auch andere Meinungen als die des dialektischen Materialismus in den Schulen vertreten werden dürfen, bzw. ob die Angehörigen der Intelligenz zweitrangige Menschen seien, wenn sie nicht auf der Basis des Materialismus stehen, ihn aber im Unterricht vertreten müssen.

Es wird bisher von Einzelfällen berichtet, wo Angehörige der Intelligenz aus Westdeutschland zurückkehren wollen. So benachrichtigte ein Schauspieler des Stadttheaters Brandenburg den Theaterdirektor, daß er aus München wieder nach Brandenburg zurückkehren will.

Im RFT Berlin schlug Dr. K. in einer Sitzung der Abteilungsleiter, nachdem er das Kommuniqué des Politbüros begrüßt hatte, eine Gesamtberliner Tagung der Physiker vor. Überhaupt wurde von Angehörigen der Intelligenz besonders begrüßt, daß das Kommuniqué die Teilnahme an gesamtdeutschen Konferenzen und Beratungen erleichtern wird.

5. Neben der bereits in Punkt 1 geschilderten Stimmung in den Mittelschichten muß hervorgehoben werden, daß in nicht wenigen Fällen bereits Anträge auf Rückgängigmachung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

der Geschäftsabmeldung, Wiederaufnahme des Gewerbes und Abschluß von Agenturverträgen mit der HO vorliegen (Bezirk Potsdam, Kreis Strausberg und andere).

Aus Erfurt wird berichtet, daß solche Stimmungen vorhanden sind: Jetzt haben wir unseren alten Einfluß wieder, es dauert nicht mehr lange und wir erlangen die Rechte von vor 1945 wieder.

Geschäftsinhaber in Potsdam äußerten, daß nun ihr Widerstand belohnt werde. Aus dem Bezirk Frankfurt/O. wird berichtet, daß dort Geschäftsleute zum Ausdruck brachten, sie würden jetzt nur noch auf Wahlen warten, und dann bekäme die SED schon ihre Quittung. Eine Vielzahl von Berliner Geschäftsleuten hofft auf die baldige Aufhebung des Ausweiszwanges, damit auch die Westberliner wieder im demokratischen Sektor einkaufen können.

6. Auch auf dem Lande verstärkt sich die Wirkung des Kommuniques des Politbüros. Besonders die werktätigen Einzelbauern begrüßen die Fragen der Kreditgewährung, der Arbeit der MTS auch bei Einzelbauern usw.

Trotzdem muß festgestellt werden, daß besonders unter den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften eine große Beunruhigung vorhanden ist. Neben den bereits gemeldeten Argumenten und Fragen (wir machen den Großbauern nicht die Arbeit, wer ersetzt uns die Arbeit, die wir ins Großbauernland gesteckt haben, was wird aus unseren Kinderkrippen, Klubräumen usw., die wir in Großbauernhäuser eingerichtet haben usw.) gibt es viele Meldungen über Arbeitsniederlegungen in Produktionsgenossenschaften (Krs. Hohenmölsen, Naumburg, Saalkreis, Querfurt, Seehausen, Meißen, Riesa, Görlitz/Land u.a.). In den meisten Fällen berichten die Kreisleitungen, daß es ihnen durch sofortigen Instrukteureinsatz gelang, eine gewisse Beruhigung und die sofortige Arbeitsaufnahme zu erreichen.

Es beginnt jetzt auch der Prozeß der Austritte, vor allem in solchen Produktionsgenossenschaften, die nicht wirklich auf freiwilliger Basis entstanden sind. So sind z.B. aus der LPG Laasdorf, Krs. Stadtroda, 5 Mitglieder mit je 18 ha Land ausgetreten. In der LPG Woltersdorf traten 13 Bauernfamilien aus. In der LPG Suckow fragten die Genossenschaftsbauern bei der Deutschen Notenbank an, ob sie ihre Bauvorhaben einstellen sollen bis die Großbauern wieder zurückkommen. Es muß bemerkt werden, daß die Schwierigkeiten besonders in solchen Produktionsgenossenschaften groß sind, wo viele devastierte Flächen bearbeitet werden, viele ehemalige Landarbeiter Mitglied sind, oder im Dorf noch stärkerer großbäuerlicher Einfluß vorhanden ist, bzw. das Statut in der Frage der Landarbeiter (eigenes Land – Bezahlung der Arbeitseinheiten usw.) nicht exakt durchgeführt wurde (LPG Eismannsdorf, Bez. Halle).

Die Stimmung unter den Großbauern ist unterschiedlich. Einige, die in der Vergangenheit ehrlich bemüht waren, ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen, begrüßen die Beschlüsse des Politbüros. Der größere Teil jedoch zeigt noch eine aggressive Haltung, die in einigen Fällen sich bis zur Bedrohung von Mitgliedern von LPGs (Bezirk Magdeburg, Halle u.a.) oder in einzelnen Fällen sogar bis zu Überfällen (Gemeinde Westewitz, Krs. Döbeln) steigert.

Aus Schwerin, Erfurt, Halle u.a. wird die Rückkehr von Großbauern gemeldet, ohne daß jedoch schon genauere Angaben möglich sind. Ein Oberleutnant der Grenzpolizei vom Kontrollpunkt Schönfließ erklärte, daß heute 50 republikflüchtige Bauern zurückgekehrt seien

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

(wird überprüft). Ihre Stimmung wird so geschildert, daß sie zwar Angst vor dem, was sie erwartet, haben, gleichzeitig aber verzweifelt waren über ihre Lage in Westdeutschland. Einige von ihnen erklärten, daß sie lieber in der Republik in eine LPG eintreten, als länger drüben bleiben wollten. Sie waren bereit, jedem zu erzählen, wie die Versprechungen des Rias in Wirklichkeit aussehen. Nicht in allen Fällen wird bei der Rückkehr von Bauern der Beschluß des Politbüros genau eingehalten. So kehrten z.B. nach Großpankow Großbauern zurück. Der Bürgermeister verweigerte die Rückgabe des Viehs und bedrohte den Lehrer R., der sich für die Durchführung des Beschlusses des Politbüros einsetzte, mit der Verhaftung (die Bezirksleitung Potsdam hat sofort nach Bekanntwerden einen Abteilungsleiter der BL zur Klärung nach Großpankow geschickt).

Aus einigen Orten aus Kreis Freiberg ist zu erwähnen, daß aus der Haft entlassene Großbauern in ihren Orten feierlich empfangen wurden und regelrechte Freudenfeste veranstaltet wurden.

7. Gegenüber dem Beschluß des Politbüros zu den Fragen der Jungen Gemeinde zeigt sich in vielen Orten Unverständnis und Ablehnung (alle Bezirke). Besonders wird diskutiert, daß die ganze bisherige Arbeit umsonst gewesen sei, wenn jetzt die „Junge Gemeinde“ als Organisation anerkannt wird. Auf besonderen Widerstand stößt an vielen Stellen die Wiederaufnahme der Oberschüler. Gerade in der FDJ gibt es hier zum Teil ernsthafte Schwierigkeiten (Jugendliche der Diesel-Motorenwerke II in Rostock, im Kreissekretariat Großenhain erschien eine Schülerdelegation, die sich gegen die Aufnahme ausgeschlossener Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ aussprach). In einigen Fällen wird versucht, durch formale Argumente die Durchführung des Beschlusses zu umgehen. So wurde z.B. an der Oberschule ein Schüler ausgeschlossen, der Direktor und der pädagogische Rat sprachen gegen seine Wiederaufnahme, da dieser Schüler ja wegen frechen Benehmens ausgeschlossen worden wäre, jetzt also keineswegs unter die Bestimmung falle. Überhaupt wird an vielen Stellen gefordert, daß die Rückkehr der Schüler nicht allgemein, sondern ebenfalls, wie an den Hochschulen, nur nach individueller Prüfung erfolgen dürfe.

Teile der „Jungen Gemeinde“ und von Pfarrern erklären die Maßnahme wegen der „Jungen Gemeinde“ als einen Sieg der Kirche über die Politik der Partei und der Regierung. In einem Fall wird bisher von einer ernsthaften Provokation durch organisierte Gruppen der „Jungen Gemeinde“ berichtet (siehe Sonderbericht Brandenburg/Havel vom Heutigen).

8. Zum Teil sind in der Beurteilung des Kommuniques immer noch bestimmte Befürchtungen und Spekulationen vorhanden.

An erster Stelle muß hier genannt werden die abwartende Haltung, ob auch alle Maßnahmen, die im Kommunique genannt werden, durchgeführt werden. In der VEB Bewag Berlin zum Beispiel verhielt sich ein großer Teil der Parteilosen abwartend, da sie schon oftmals angeschmiert worden seien.

In einer Reihe von Kreisen bestehen Befürchtungen, daß durch die Maßnahmen der Partei jetzt die klassenfeindlichen Elemente zuviel Oberwasser bekommen könnten.

In einigen Fällen (Bezirk Karl-Marx-Stadt) sind die Arbeiter besorgt, daß die ehemaligen Besitzer des Betriebes den Betrieb zurückerhalten. In anderen Kreisen (Bezirk Dresden u.a.) wird auf dem Lande diskutiert, daß nicht nur die Großbauern, sondern auch die Großgrundbesitzer wieder zurückkämen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

In einigen Grenzkreisen des Bezirkes Suhl wird diskutiert, daß bald auch die Zonengrenzen geöffnet würden (Kreis Sonneberg, angeblich am Sonntag, den 14.6.).

9. Über die Angehörigen der bürgerlichen Parteien gibt es im wesentlichen noch keine zusammenhängenden Berichte aus den Bezirken. Soweit von den Bezirksleitungen Material in dieser Frage übermittelt wird, beschränkt sich dieses auf einzelne Stellungnahmen. Im Kreis Nordhausen versucht die LDP Versammlungen durchzuführen und die jetzigen Maßnahmen der Regierung als eine Art Blamage hinzustellen. Auch die Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt berichtet, daß einzelne Funktionäre (Kollege K., NDPD, und Koll. P., CDU, beide Krs. Zschopau) eine negative Haltung einnehmen und alle Maßnahmen der Partei negieren. Kollege P., NDPD (Bezirk Rostock) erklärte, daß man in Frankreich der Regierung in solchen Fällen schon längst die Vertrauensfrage gestellt hätte.

10. Obwohl die Mehrzahl der angeführten positiven Elemente auch auf den überwiegenden Teil der Parteimitglieder zutrifft, so muß doch festgestellt werden, daß es in der Partei und ihrer Argumentation noch keine klare Orientierung gibt. Da bisher nur das Kommuniqué und die Maßnahmen der Regierung veröffentlicht wurden, gibt es keine Klarheit über die Auswirkung der Vorschläge. Das führt zu allen möglichen Kombinationen und zu einer nicht immer richtigen Argumentation. Zum Teil verstehen offensichtlich selbst einige der Bezirksleitungen den Beschluß des Politbüros noch nicht richtig. Sie beschränken sich auf die Fragen der internationalen Lage und des Kampfes um die Einheit Deutschlands (z.B. Bezirksleitung Halle). In einer Reihe von Fällen werden Genossen, die insgesamt den Beschluß des Politbüros richtig einschätzen und von Fehlern der Partei oder von einem Rückzug auf bestimmten Gebieten sprechen, als Opportunisten bezeichnet (Bezirksleitung Gera u.a.).

Diese Erscheinungen zeigen sich noch ausgeprägter in einer Reihe von Kreisleitungen. Die Kreisleitung Mansfeld-Kombinat z.B. erarbeitete eine Argumentation mit Hilfe von theoretischen Zitaten in Bezug auf die Strategie und Taktik der Partei.

Gleichzeitig muß bemerkt werden, daß die Kreisleitungen im wachsenden Maße Beratungen, Konferenzen, Parteiaktivtagungen, Mitgliederversammlungen durchführen, ohne daß genügend klar ist, welche Linie dort vertreten werden soll.

In vielen Grundorganisationen wird die Notwendigkeit des Beschlusses noch nicht voll verstanden. Ein Teil der Genossen bringt zum Ausdruck, daß sie diese neue Politik der Partei noch nicht verstehen. Fast alle Meldungen berichten, daß besonders große Unklarheiten bei den Genossen Lehrern vorhanden sind. Aber auch nicht wenige der alten Genossen äußern falsche Auffassungen. Genosse M. z.B., ein älterer Genosse aus Magdeburg, war vollkommen durcheinander und sprach davon, daß wir auf dem Wege sind, ein neues 1918/19 zu erleben. Genosse F. (Hohenselchow, seit 1926 KPD, während des Faschismus inhaftiert) äußerte: Nun sind unsere ganzen Erfolge weg, die wir im Kampf gegen den Kapitalismus erreicht haben.

In einigen wenigen Fällen wird auch heute von Parteiaustritten (Sekretär im VRK Riesa) berichtet. Dabei ist wichtig, daß z.B. im Bezirk Suhl neben Austrittserklärungen von Genossen in der Gemeinde Bärsdorf, Krs. Bad Salzungen, einige alte Genossen zum Bürgermeister kamen und ihr früheres SPD-Mitgliedsbuch zurückforderten. Sie waren der Ansicht, daß nach der neuen Lage auch die SED aufgelöst und die SPD und KPD wieder ins Leben gerufen würden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Weit verbreitet sind die bereits genannten Argumente, die eine Kritik am ZK wegen der ungenügenden Beachtung der Kritik der Massen zum Inhalt haben. Einige erklärten, daß sie ja schon immer gewußt und gesagt hätten, daß die Politik der Partei nicht richtig und zu scharf sei.

Wichtig ist, daß in einer Reihe von Fällen erklärt wird, die Selbstkritik des Politbüros reiche nicht, weil versucht würde, die Fehler auf die Bezirke und Kreise abzuwälzen (Bergakademie Freiberg). Das Kreissekretariat Dessau vertritt die Meinung, daß es nicht richtig sei, wenn im Kommunique von großen Fehlern der Kreisleitungen und Parteileitungen der Grundorganisationen gesprochen wird. Damit würden die großen Fehler in der Arbeit des ZK bzw. des Politbüros den unteren Funktionären aufgebürdet. Diese Ansicht vertritt besonders der 1. Kreissekretär, Genosse Hüniger, und sagt, daß die Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen in Dessau mit ihm gleicher Meinung seien.

Eine andere Gruppe von Argumenten, die in der Partei vorhanden ist, spricht davon, daß mit den neuen Beschlüssen die Partei den Weg des Sozialismus, den Weg von Marx und Engels, verlasse und den Rückzug auf der ganzen Linie angetreten habe.

Gleichzeitig tauchen bei einer Reihe von Funktionären jetzt theoretische Fragen auf. Z.B. wird gesagt: Wir treten jetzt in die Periode der NÖP ein – bedeutet die Förderung der Initiative der Privatunternehmer unbeschränkte Akkumulation – usw.

11. In der feindlichen Tätigkeit steht immer noch im Vordergrund die Verbreitung von Gerüchten über die führenden Funktionäre der Partei und Regierung, wie sie bereits mehrfach berichtet wurden. Verstärkt haben sich die Argumente, daß alle Maßnahmen auf die Anweisung des neuen Hohen Kommissars der Sowjetunion zurückzuführen seien, der von Moskau ein Ultimatum erhalten habe, wegen der vielen Republikflucht einzugreifen, und weil die Regierung der DDR über die Empfehlungen der SU hinausgegangen sei.

Dabei muß man beachten, daß die Gerüchte über das Eingreifen des Hohen Kommissar keineswegs immer feindlichen Charakter tragen, sondern zum Teil ein Vertrauen zu der Sowjetunion zum Ausdruck bringen, daß diese noch rechtzeitig eingegriffen habe.

Im Gegensatz zum gestrigen Tage ist zu den wilden Gerüchten über die Genossen Grotewohl und Ulbricht nicht mehr berichtet worden. Die Auswirkungen der feindlichen Gerüchte der letzten Tage über führende Partei- und Staatsfunktionäre, besonders über den Genossen Wilhelm Pieck, zeigen sich u.a. darin, daß z.B. in der Grundschule 6 in Erfurt mit Einverständnis des Lehrerkollektivs alle Bilder des Genossen Wilhelm Pieck aus den Klassenzimmern entfernt wurden.

Aus einigen Thüringer Grenzgebieten wird stärkere Flugblattverteilung gemeldet. Eine offenbar organisierte Gegneraktion fand am 12.6. in der Stadt Weimar statt. Hier versammelten sich in kurzer Zeit vor dem VPKA ca. 400 Menschen und verlangten nach Aufenthaltsgenehmigungen und Interzonenpässen. Von der Partei eingesetzte Aufklärer kamen überhaupt nicht zur Diskussion. Vor der Strafanstalt Weimar sammelten sich schnell mehrere Hundert Menschen, die mit Blumensträußen Sympathiekundgebungen durchführten und angeblich ihre Angehörigen abholen wollten. Erst gegen 23 Uhr abends konnte diese Ansammlung endlich zerstreut werden.

12. Aus dem Bericht der Bezirksleitung Berlin geht hervor, daß ein Teil der SPD-Genossen, die in Betrieben im demokratischen Sektor arbeiten, regen Anteil an der Diskussion nehmen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

und oftmals sehr positiv zum Beschluß stehen. So hat der SPD-Genosse Karl Th. als AGL-Vorsitzender der Bewag/Trafo der Belegschaft eine EntschlieÙung vorgelegt, in der die Kollegen der Trafo-Werkstatt den Beschluß der Regierung der DDR begrüÙen und hoffen, daß die Einheit Berlins bald hergestellt wird. In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere SPD-Genossen. Aus Westberlin selbst wird besonders aus Diskussionen berichtet, daß nun hoffentlich eine Menge der sog. Flüchtlinge wieder zurückkehren werden und sie damit nicht mehr zum Lohndrücker der Westberliner Arbeiter werden. Viele Arbeiter hoffen, daß sie jetzt wieder im demokratischen Sektor arbeiten oder zumindest einkaufen können. Grundstücksbesitzer erwarten die Erlaubnis, ihre Lauben und Grundstücke in den Berliner Randgebieten wieder aufsuchen zu können. Die Kreissekretäre der Partei begrüÙen das Kommunique auch besonders deshalb, weil es nach ihrer Meinung eine bedeutende Erleichterung für die Arbeit in Westberlin darstellt.

gez. Karl Schirdewan

*[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 23-34; Namen von den Hg. anonymisiert.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---